

Arbeiterfront

Einzelnummer 10 Pfg

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sach
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 29. November 1930

Nummer

Vor einer neuen Landtagsauflösung?

Deutschnationaler Druck auf Schied und die Staatspartei — Und das Ziel: Noch härterer Kurs gegen die Werktätigen!
Schließt die einheitliche Abwehrfront gegen die faschistische Hungeroffensive!

Dresden, den 29. November.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat einen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten Schied gerichtet, in dem gefordert wird, daß der sächsische Vertreter im Reichsrat einen Druck auf Brüning ausüben soll, damit er die SPD, die bekanntlich die Verordnungen fiktiv, lassen läßt. Nach Gradnauer soll als Gesandter verschwinden. In dem Brief wird angedroht, daß andernfalls die Deutschnationalen gegen die Staatsberatungen auftreten werden. Dadurch würde eine Situation entstehen, wodurch der Landtag aufgelöst werden müßte.

Siehezt. der Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, hat schon in einem Artikel darauf hingewiesen, daß der Landtag wieder aufgelöst werden müßte. Der Zweck dieses Vortrages ist, eine Regierung in Sachsen mit den Nazis zu bilden. Bisher weinerten sich Staatspartei, Jungpolen und Aufwärtler, eine solche Koalition zu unterstützen. Schied soll nun gezwungen werden, durch Obstruktion gegen die Staatsberatungen den reaktionär-faschistischen Block zu bilden. Die kleinen Fraktionen, die sich aus Furcht vor dem Vandalentum ihrer Anhänger und weil sie nicht genügend Gründe bei dem Regierungschef ablassen, bisher gegen eine offene faschistische Regierung sträubten, sollen mit der Drohung auf Landtagsauflösung in den faschistischen Block gepreßt werden.

Hinter den Kulissen wurde seit Monaten herumgehäcchelt. Das ist nicht mehr der offene Kampf aus. Flügel wurde von der Volkspartei abgehalftert. Der Aufwärtler Wallner machte in der letzten Landtagsführung großen Lärm und beschuldigte die SPD-Fraktion, daß sie den Mittelstand verrät. Die Nazis

bestimmen sich, ihre reaktionäre Rolle zu verschleiern, dadurch, daß sie in den letzten Sitzungen einigen kommunistischen Anträgen zustimmen, und die SPD hält „linke“ Reden. All diese Erscheinungen zeigen, daß sich die Parteien auf alle Fälle vorbereiten. Die Arbeiter und die Werktätigen in Stadt und Land dürfen sich nicht irren lassen durch die Wanderei. Die kommunistische Partei allein zeigt den Weg aus dem Ausweg aus der katastrophalen Lage. Der Kampf gegen Steuer- und Zollwucher, Streiks gegen Lohn- und Gehaltsraub, Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und die 48-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Unterstützung für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kriegspolizei — das sind die unmittelbaren Forderungen der Massen, die jetzt durchgesetzt werden müssen. Wählt in allen Betrieben Kampfgruppen! Bildet Gruppen der KPD in Betrieben und Stempelstellen! Rüfkt zum gemäßigten Hungerkampf der Werktätigen und formiert das millionenstarke, im Kampf erprobte Heer, das mit eiserner Entschlossenheit dem ganzen parlamentarischen Betrug der Kapitalisten und den faschistischen Bluttatort zerquetschert.

Morgen rotes Grenztreffen in Sebnitz!

Wir marschieren wieder auf! Arbeiter, Arbeiterinnen, Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus, Parteigenossen! Beteiligt euch in Massen!

Das Programm:

8 Uhr Reden; 9.30 Uhr Rundgebung an den Gräbern der revolutionären Opfer; 11.30 Uhr Auftreten zur Demonstration; 16 Uhr Massenkundgebung auf dem Markt; 18 Uhr Roter Abend im Saal „Stadt Dresden“.
Für verbilligte Verpflegung ist gesorgt.

Sonntag dem 30. November: Abfahrt der Rührer Massen um 8 Uhr vom Volkshaus. Die Genossen werden aufgefordert, pünktlich zu sein, damit die Abfahrt nicht verzögert wird.

beiterchaft wird die Reise dieses Delegierten aus eigenen Mitteln finanzieren.

Eine überfüllte Erwerbslosenversammlung in Halle an der Saale nahm am 28. November einstimmig eine scharfe Entschiedenheit gegen die gefaschten Agenten des Imperialismus an.

In einer machtlosen Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz in Pöthen in Thüringen, an der 2500 Arbeiter teilnahmen, wurde in einer Resolution die Errichtung der Arbeiterfront gefordert.

In Wittenburg wurde in einer überfüllten Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus eine Resolution angenommen, die mit den Worten endete:

„Wir sprechen dem Sowjetland unsere tiefste Sympathie aus und geloben, vereint mit allen Proletariats Deutschlands, den Kampf gegen den Faschismus als unsere Hauptaufgabe zu betrachten.“

In einer gestern in Großenhain stattgefundenen, sehr gut besuchten Kundgebung, in der Genosse Steinbach den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion schilderte, traten 5 Arbeiter in die kommunistische Partei ein, außerdem wurden 24 Broschüren über den Fünfjahresplan verkauft.

„Linke“ SPD-Führer in der faschistischen Diktaturfront

Fleischer will die revolutionäre Propaganda mit Waffengewalt unterdrücken

Leipzig, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Polizeipräsident hat eine Verfügung herausgegeben, wonach für bestimmte Stadtgebiete das Verteilen von Zeitungen, Flugblättern, Handzetteln usw. von einer besonderen Genehmigung abhängig ist. Er teilt außerdem mit, daß das Verteilen von Sprechblättern eine Straftat ist, die mit einer Woche einbringe und daß zum Zweck der Verhinderung von Anmischungen die Polizei künftig von der Waffe Gebrauch mache.

Der Polizeipräsident Leipziger ist der Sozialdemokrat Fleischer, der bereits die Schuld an den blutigen Überwörungen anlässlich des Jugendtages trägt. In Leipzig besteht schon seit Wochen ein strenges Demonstrationsverbot. Die neue Anweisung von Wittenberg der Polizei gegen „Anmischungen“ kann ein nationalfaschistischer Diktator auch nicht deutlicher durchführen.

Gummifüßel und Staatskomm für SPD-Führer verteidigen das Diktaturregime gegen das rote Berlin

Berlin, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Zu Beginn der gestrigen Stadtvorstandssitzung brachte Genosse Kasper für die kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, für Feuerungsmittel für Erwerbslose eine Winterbeihilfe von 70 Mark für alle Unterstützungsempfänger zu bewilligen. Sämtliche Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, lehnten diesen Antrag ab. Daraufhin sprach auf der Tribüne, auf der sich zahlreiche Erwerbslose befanden, ein scharfer Protest aus. Der sozialdemokratische Vertreter Hörsch löste sofort Volkstürme und die Tribüne räumten. Die Sozialdemokraten legten mit einem frenetischen Beifall ein als dann auch die kommunistischen Stadtverordneten durch ein hartes Votum einmütig aus dem Saal ausschleusen. Die Regierung der Arbeiter über das ungeheure Vergehen ist sehr groß. Die Berliner Arbeiterfront wird die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Hier zeigt sich, daß die SPD-Führer den Kurs des Staatskommisars im roten Berlin unterstützen.

Berlin, 29. November. (Eig. Drahtmeldung.)
In Berlin sind 2 Kommisare einseitig worden, die die Regiersteuer, Gemeindefürersteuer — diktieren sollen.

Im Prozeß gegen die „Industriepartei“

Auffsehenerregender Zwischenfall

Offizieller Vertreter Frankreichs in Moskau der Verbindungsmann

Moskau, 29. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Vernehmung Kubianoffs ereignete sich ein sensationeller Zwischenfall. Der Angeklagte Kubianoff erklärte: „In einer Sitzung des Zentralkomitees der Industriepartei wurde ich, daß Karpoll, ein führendes Mitglied des Totoprom (Handels- und Industriekomitee Paris) mitteilte, die Verbindung mit dem Totoprom werde durch eine offizielle französische Persönlichkeit hergestellt.“ Die Sitzung in Moskau befand. Der Vorsitzende unterbrach den Angeklagten, indem er ausrief: „Es haben wiederholt offizielle Institutionen ausländischer Staaten erwähnt, daß sich eine solche Persönlichkeit in Moskau befände. Ich mache darauf aufmerksam, daß Sie das unterlassen möchten, da solche Fragen nur vor der geschlossenen Sitzung besprochen werden können.“ Dieser Zwischenfall rief eine große Erregung hervor.

Die erste Phase im großen Moskauer Prozeß der Schädigungsorganisation der konterrevolutionären Industriepartei ist mit dem Vorbehalt der Angeklagten und der Geländebüße, die sie ablegten, beendet. Vonmühige Sabotage der Wirtschaft bis in den letzten Industriestadium wurde aufgedeckt. Die Enttarnung der Industriepartei erweist in jedem kleinsten Arbeiter das Gesicht: die Verbrecher sind gefaßt. Jetzt wird der sozialistische Aufbau noch ganz anders vorangehen. Aber bei aller Emsigkeit über den Erfolg der Aufdeckung der Schädigungsorganisation darf kein Arbeiter vergessen, daß das noch nicht alles ist, daß die Hauptzentrale noch unangefastet weiter besteht, ihre Arbeit fortsetzt und mit allen legalen und illegalen Mitteln den Interventionist gegen die Sowjetunion vorbereitet. Diese Zentrale kann die Sowjetmacht nicht ausheben. Sie hat ihren Sitz nicht in der UdSSR. Sie befindet sich im Ausland, vor allem in Paris. In den Kabinetten Poincarés und Briands und von den französischen Generalstabern wurden die Pläne geschmiedet, die von den Kamins durchgeführt wurden. Dort wurde auch der Interventionsplan für 1930 festgelegt. Dort hielten sich die Minister aus allen Staaten ihre Direktiven. Dort waren die Generale Frankreichs und Rumänien, um die Wanderei gegen die Sowjetunion zu beraten.

Arbeiter! Wachsam sein!

„Nicht England, Sir, eine andere Macht wurde beschuldigt“, sagte gemessenen Tones der Sozialdemokrat Henderson dem ehrenwerten Minister Lloyd, der eine Interpellation im englischen Unterhaus einbrachte, über die in dem Moskauer Prozeß enthüllten ungeheuren Verbrechen der imperialistischen Mächte. Trotz der kühlen Formalität, mit der die Vorgesellschaft vor dem englischen Unterhaus behandelt wurde, kommt darin doch zum Ausdruck, in welchem Maße die politische Spannung angeheizt ist. Sie ähneln vor der Veröffentlichung ihrer un-

geheuren Verbrechen. Ihr Föhn gegen die Sowjetmacht kennt keine Grenzen. Aber die Furcht vor dem revolutionären Proletariat hält die Räuber noch in Schach. Wie Tiger legen die Großmächte auf dem Sprung, jederzeit bereit, die mordende Franke des Krieges dem Gegner tief ins Fleisch zu schlagen, sobald er auch nur die geringste Wunde zeigt. Nicht nur der Gegenstand der Kapitalisten zu der Sowjetmacht ist auf das höchste gespannt, auch untereinander, das zeigen die Kämpfe in Genf, sind die großen Räuber jederzeit bereit, sich gegenseitig zu ermürgen. Die Arbeiter müssen wachsam sein.

Sie haben die Sprache verloren

Die herrschende Klasse verachtet, vor Beginn des Prozesses gegen die konterrevolutionäre Industriepartei durch verlogene „Enthüllungen“ von ihren verbrecherischen Anschlägen gegen die Sowjetmacht abzulenken. Sie ließ ihre Soldatenscheiter in der bürokratischen, nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Presse die höchsten Lügen schreiben. Jetzt hat die Bourgeoisie die Sprache verloren. Wie Keulenschläge lauten die im Moskauer Prozeß erhobenen Anklagen der Agenten der imperialistischen Bourgeoisie auf das Haupt der Schuldigen nieder. Jetzt verurteilt die gefaschte Journaille, die Verbrecher totzuschweigen.

Nur die kleinen Vintler aus den sozialdemokratischen Redaktionsstuben können sich nicht vertreiben, ihre Lügen fortzusetzen. So schreibt das Blättchen der Dresdener SPD vom Wittenberglah, daß die von den Angeklagten im Moskauer Prozeß angegebenen Verbindungskontakte in Paris bereits gestört seien. Die revolutionären Arbeiter nehmen diese neuesten Lügen zur Kenntnis, um wieder einmal festzustellen, daß die Intenktul der SPD den imperialistischen Kriegstreibern in den schwierigsten Situationen hilflos zur Seite stehen.

Entrüstungsturm in ganz Deutschland

In allen Teilen Deutschlands wenden sich die Arbeiter mit größter Empörung gegen die Verbrecher, die den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion schädigten und die blutige Intervention der Imperialisten herbeiführen wollten. Von den zahllosen Kundgebungen greifen wir folgende heraus:

In Hamburg nahmen die Betriebsversammlungen von Mend & Hambrak und von Brindmann & Hergell Resolutionen gegen die „Industriepartei“ an, die strengste Bestrafung der Schuldigen fordern.

In einer Massenversammlung der Solinger Arbeiterfront am 28. November wurde einstimmig ein Metallarbeiter gewählt, der im Auftrag der revolutionären Arbeiterfront des Niederrheins an dem Prozeß gegen die konterrevolutionäre teilnimmt und dort als Anführer auftritt. Die Solinger Ar-